

Kunst des Möglichen

Karl-Heinz Dignas, Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 15, 23.02.1973, Seite 1

Nachdem die ersten Stellungnahmen zum Jahreswirtschaftsbericht 1973, speziell zu den dort angesprochenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, abgegeben sind und von den einen begrüßt und von den anderen verdammt worden sind, ist es jetzt an der Zeit, diesen Bericht etwas differenzierter zu betrachten.

Müßte man ein Gesamturteil abgeben, dann könnte man grob vereinfachend sagen: der Jahreswirtschaftsbericht 1973 der Bundesregierung ist „politisch“, wobei das Wort „politisch“ je nach Standpunkt einmal einen eher positiven, zum anderen einen eher negativen Akzent bekommt. Eher positiv für diejenigen, die unter Politik eben die „Kunst des Möglichen“ verstehen, eher negativ für andere, die zum Beispiel als Wirtschaftswissenschaftler zu überprüfen haben, ob die mit den Maßnahmen beabsichtigten Wirkungen auch tatsächlich eintreten werden.

Alle sind sich einig

Zur Diagnose und Prognose der konjunkturellen Entwicklung innerhalb des Jahreswirtschaftsberichts ist nicht viel zu sagen: Alle sind sich heute darüber einig, daß sich die Wirtschaft der Bundesrepublik am Beginn eines neuen Konjunkturaufschwungs befindet, so daß von den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes die Vollbeschäftigung und das Wachstum nicht als gefährdet angesehen werden können. Anders ist es mit dem Ziel der Preisstabilität, von dem wir heute mehr denn je entfernt sind. Folgerichtig setzt sich auch die Bundesregierung das Ziel, von dieser zu hohen Inflationsrate herabzukommen. Das war zu erwarten und kommt auch nicht überraschend. Nur bei der Quantifizierung des Zieles Preisstabilität ist wohl ein Unterschied zu den vorangegangenen Jahreswirtschaftsberichten festzustellen. In früheren Jahreswirtschaftsberichten setzte man diese Zahl betont niedrig an, wohl unter dem Motto „sage ich 2 Prozent, werden es 4 Prozent, sage ich (realistischerweise) 4 Prozent, werden es 6 Prozent“.

Der Nachteil dieser Methode war dann der, daß die Prognose nicht eintraf, was zu einer allgemeinen Prognosemüdigkeit in der Öffentlichkeit führte. Aus dieser Erfahrung haben die Verfasser des diesjährigen Jahreswirtschaftsberichts den Schluß gezogen, lieber eine realistische Zahl (nämlich 5,5 bis 6 Prozent) zu nennen und sich dem Vorwurf auszusetzen, daß die genannte Zahl wohl ja keineswegs Preisstabilität bedeute, als eine unrealistische mit der Gewähr, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Skeptisch stimmt den Leser des Jahreswirtschaftsberichtes nur, daß die Bundesregierung sich eine Hintertür offen hält, die Schuld für eine weitere Inflationierung den anderen zu geben. Denn sie macht die Realisierung des Zieles davon abhängig, daß bei den Dispositionen aller Beteiligten nicht etwa die Fortsetzung der Preissteigerungen als Ausgangsbasis gewählt wird. Dieser versteckte Maßhalteappell vor allem wohl an die Adresse der Gewerkschaften und Unternehmer wird wie alle Maßhalteappelle vorher keine Wirkung zeigen, wenn es nicht gelingt, die wirtschaftliche Situation unter Kontrolle zu halten. Und damit ist man bei den Maßnahmen. Gerade hier ist deutlich die politische Strategie und Taktik zu erkennen, die großen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen der Arbeitnehmer und Unternehmer auf der einen Seite zu belasten, um damit aber gleichzeitig auf der anderen Seite ihr Wohlwollen zu erkaufen. Vor diesem politischen Hintergrund lassen sich Maßnahmen wie die Stabilitätsabgabe bei den Beziehern höherer Einkommen und die Erhöhung der Körperschaftssteuer und die Verminderung der Investitionszulagen und der Abschaffung der degressiven Abschreibung nach § 7 Abs. 5 EStG als eine Belastung der „reichen“ Unternehmer und die Erhöhung der Mineralölsteuer und die Abschaffung der Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen bei den Sonderausgaben als eine Belastung der „armen“ Arbeitnehmer interpretieren. Ob aber diese Maßnahmen tatsächlich das Ziel erreichen, die private Nachfrage nachhaltig zurückzudrängen, ist mit einigen Fragezeichen zu versehen. Schon eher ist mit einer gewissen Dämpfung der Investitionsnachfrage aufgrund dieser

Maßnahme zu rechnen. Durch die Stilllegung der Mittel allerdings, die bei der Stabilitätsanleihe und bei der Stabilitätsabgabe anfallen, bei der Bundesbank wird allerdings sicherlich ein monetärer liquiditätsabschöpfender Effekt erreicht.

Ein stabilisierender Einfluß kann allerdings von einer Maßnahme ausgehen, die in allen Kommentaren als preissteigernd abqualifiziert wird, nämlich von der Erhöhung der Mineralölsteuer. Nimmt man nämlich eine geringe Preiselastizität der Nachfrage nach Benzin an, was nach der gegebenen Bedürfnisstruktur der Arbeitnehmer als durchaus realistisch anzusehen ist, so bleibt weniger Einkommen für den übrigen Konsum und das Sparen übrig. Daraus könnte sich tendenziell ein nachfragedämpfender Effekt erzielen lassen.

Alle müssen handeln!

Betrachtet man also dieses genannte Maßnahmenbündel, so ist insgesamt ein gewisser restriktiver Effekt zu erwarten. Dieser Effekt wäre aber sehr viel größer gewesen, wenn es die Bundesregierung geschafft hätte, ihre eigene Nachfrage durch eine Senkung der Ausgaben bzw. durch eine geringere Steigerung der Ausgaben zu vermindern. So ist es ihr nur gelungen, den Zuwachs der Ausgaben des Bundes in Höhe des Zuwachses des nominalen Bruttosozialprodukts zu halten. Damit gehen von der Ausgabenseite des Bundeshaushaltes im allerhöchsten Falle konjunkturneutrale, auf keinen Fall aber konjunkturdämpfende Wirkungen aus. Während der Bund aber zumindest versucht, seine Ausgaben konjunkturneutral zu halten, kann er die konjunkturell wichtigeren Länder und Gemeinden nur auffordern, ein Gleiches zu tun. Daß dies nicht gerade befriedigend ist liegt auf der Hand.

Alles in allem liegt hiermit ein Jahreswirtschaftsbericht vor, der es psychologisch-politisch geschickt versteht, die Lasten der Maßnahmen etwa gleichmäßig zu verteilen. Ob aber diese Maßnahmen ausreichen, um der Preisstabilität ein Stück näher zu kommen, muß abgewartet werden.